



Fraktionsantrag	Vorlage-Nr: VO/2021/024	
- öffentlich -	Datum: 31.08.2021	
Fachdienst Gremien und Recht	Ansprechpartner/in: Fiedler, Nina	
	Bearbeiter/in: Mens, Beate	
Antrag der Fraktion Die Linke zur Prüfung eines zukunftssicheren Weiterbetriebes der inland gmbH		
vorgesehene Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
23.09.2021	Hauptausschuss	Kenntnisnahme

1. Begründung der Nichtöffentlichkeit:

Entfällt.

2. Sachverhalt:

Der Sachverhalt ergibt sich aus der Anlage.

Anlage/n:

Antrag der Fraktion Die Linke.

Kreistagsmitglieder

Anissa Heinrichs
Maximilian Reimers

bürgerliche Fraktionsmitglieder

Petra Eichhorn-Stangl
Arbaz Malik
Lorenz Poerschke
Hans-Werner Machemehl
Sebastian Heck

Kaiserstraße 8
24768 Rendsburg
Telefon 04331 335753
Telefax 04331 535754
kreistag@inke-rdeck.de

DIE LINKE. Kreistagsfraktion Rendsburg-Eckernförde · Kaiserstraße 8 · 24768 Rendsburg

**An den
Vorsitzenden des Hauptausschusses
Herrn Thorsten Schulz**

Antrag Prüfung eines zukunftssicheren Weiterbetriebes der imland gGmbH

Für ein Konzept, dass Menschen und nicht Wirtschaftlichkeit in den Mittelpunkt stellt!

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

für die Hauptausschusssitzung am 12. August 2021 beantragt die Fraktion DIE LINKE im Kreistag erneut den Tagesordnungspunkt „imland gGmbH“ vorzusehen und stellt folgenden Antrag:

Der Hauptausschuss beschließt, die Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung anzuweisen, die Geschäftsführung der imland gGmbH im laufenden Verfahren zusätzlich folgendes Szenario prüfen zu lassen:

Den Neubau zweier Krankenhausgebäuden am Standort Rendsburg (respektive einer Anrainergemeinde) sowie am Standort Eckernförde (respektive einer Anrainergemeinde).

In diese Bewertung haben alle Rahmenbedingungen wie zum Beispiel das notwendige Leistungsportfolio und dessen Aufteilung zwischen den Standorten, die optimalen Strukturen, die Liquiditätsentwicklung, der Erwerb neuer Liegenschaften, die Abschreibungen sowie die Vor- und Nachteile gegenüber einem zentralen Standort miteinzufließen.

Zur Begründung sei Folgendes angeführt:

Das Gesundheitssystem in Deutschland ist einem zunehmenden Wirtschaftlichkeitsdruck ausgesetzt. Der Fokus entfernt sich von Patient*innen und deren Gesunderhaltung respektive deren Heilung und zielt daraufhin ab, keine Verluste oder gar Gewinne mit ihnen zu machen. Das System der Fallkostenpauschalen (DRGs) hat ein Klima geschaffen, in dem die Behandlungs- und Arbeitsbedingungen der Menschen dem Diktat der Betriebswirtschaft unterworfen werden; in der Konsequenz verschlechtern sich die Bedingungen für Patient*innen und Arbeitnehmer*innen. Die von der KPMG entwickelten Szenarien beruhen auf eben jener Denke, die verantwortlich für schlechte Versorgungsinfrastruktur, Pflegenotstand und Überlastung der Beschäftigten ist – der »Markt« ist schlichtweg unfähig, die Gesundheitsversorgung einer Gesellschaft zu organisieren.

Die Größe respektive die Kapazität – insbesondere der Klinik in Eckernförde – wird stets als Hinderungsgrund eines Weiterbetriebes angeführt; man könne mit weniger »Betten« nicht kostendeckend arbeiten. Ein tatsächlicher Bedarf, der die Bevölkerungsstruktur sowie den demographischen Wandel analysiert, wurde bisher nicht erstellt. Dass nicht mehr, sondern leere Betten Kliniken wirtschaftlich in Gefahr bringen, konnte im Kontext der Pandemie beobachtet werden. Das beweist den Fehler in der Logik derjenigen, die glauben Bankkaufleute machten bürgerorientierte Gesundheitspolitik: Geld bringt nur, wer krank ist. Darum lehnt DIE LINKE diese Logik kategorisch ab.

Der »Gemeinsame Bundesausschuss« legte 2018 unter anderem fest, dass eine geeignete Stelle zur Notfallversorgung binnen 30 Minuten erreichbar sein muss.¹ Die Stilllegung einer oder beider Kliniken im Kreisgebiet (bei zentralem Neubau) verlängert die Anfahrtswege und nimmt nach Auffassung der LINKEN somit zumindest billigend in Kauf, dass diese Zeiträume überschritten werden. In der Folge werden Menschenleben riskiert oder die Fallzahlen von Helikoptertransporten steigen – hieran kann niemand ein ernsthaftes Interesse haben. Die Verantwortung vor den Einwohner:innen des Kreises gebietet es, solche Fehlplanungen der öffentlichen Hand zu verhindern.

Die Gesellschaft hat ein Recht darauf, dass der Staat Einrichtungen der Daseinsvorsorge erbaut, betreibt und erhält. Dazu gehört auch die Verantwortung für die Arbeitnehmer*innen dort, wo die öffentliche Hand als Arbeitgeberin auftritt. Personalabbau oder Vereinbarungen, bei denen die Mitarbeiter*innen völlig schuldlos einen »Beitrag« zur Sanierung leisten sollen, verurteilt DIE LINKE auf Schärfste. Die Versorgungsqualität & -Sicherheit für die in unserem Kreisgebiet lebenden Menschen sollte für uns bei dieser Frage im Vordergrund stehen. Darum müssen beide Standorte erhalten und Angebote wo sinnvoll oder notwendig ausgebaut werden.

Offenkundig ist mittlerweile auch die marode Infrastruktur in den beiden Kliniken. Auch dies ist klar eine Konsequenz des Primats des Geldes im Gesundheitssystem. Dank DRGs und durch die qua Schuldenbremse gehemmte Investitionskraft der öffentlichen Hand wurden nötige Investitionen in die Einrichtungen aufgeschoben und abgesagt. Hier kann nach Auffassung der LINKEN nur der Mut zur Investition in Neubauten helfen, auch da der Betrieb nicht durch Umbauten eingeschränkt werden darf. Ob diese innerhalb der Stadtgrenzen oder in einer Anrainergemeinde sollte ergebnisoffen sein. In jedem Falle könnte so an den ehemaligen Standorten, die sich in Hand des Kreises befinden, öffentlicher Wohnungsbau entstehen. Diese Lösung könnte, auch wegen der längst in die Jahre gekommene Bausubstanz der alten Gebäude die langfristig beste sein. Deshalb möchten wir Sie prüfen lassen.

Eine weitere Begründung erfolgt im Ausschuss.

¹ Regelungen des Gemeinsamen Bundesausschusses zu einem gestuften System von Notfallstrukturen in Krankenhäusern gemäß § 136c Absatz 4 des Fünften Sozialgesetzbuche (SGB V) - https://www.g-ba.de/downloads/62-492-2340/Not-Kra-R_2020-11-20_iK-2020-11-01.pdf